

Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tagesblatt Sorauer-Verlags

(Sorauer Wochenblatt)

Spezialnummer 22 und 37.

Postfach-Konto:
Nr. 954 Berlin N.W. 7

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Wirt.-Konto
bei der Reichsbank

Ercheinungsweise (Freiwilligkeit): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. - Bezugspreis: An den Ausgabestellen in Stadt und Land 1,60 Goldmark, ins Haus gebracht 2,0 Goldmark mehr, im Wochenbezug 4,2 Goldmark, ins Haus gebracht 5 Goldmark mehr. Durch die Post bezogen 1,80 Gm., durch den Briefträger ins Haus gebracht 4,0 Goldmark mehr. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsunterbrechung oder Verspätung hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tagesblattes“ oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Kolonnenzeile für Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 5 Goldpennig, auswärtsige Anzeigen je Millimeterhöhe 7 Goldpennig. Im Kleinformat die 4-spaltige Kolonnenzeile je Millimeterhöhe 18 Goldpennig. - Für das laufende Jahr vorgezeichnete und ordentlich mittelfristig auszugeben, die 27 Stellenkosten 30 Gm. betragen, zu rechtfertiger Arbeit Bericht zu erstatten. Der Minister betont, daß die Bewaffnung Polens in jeder Hinsicht gewaltige Fortschritte gemacht habe. Die Feuerkräfte der Infanterie ist durch Uebersicherung von Maschinenwaffenstellungen vervielfacht worden. In der neuorganisierten Kavallerie wurde bei jedem Regiment ein Panzerreiterbataillon aufgestellt. In der Artillerie wurde die veraltete Ausrüstung durch neue ersetzt. Im Bereichswesen ist die bisherige Besatzung von drei Aufregimenten auf sechs erhöht worden. Auch in der Entwicklung der nationalen Kriegsmarine wurde in manchen wesentlichen Hinsichten der vollen Unabhängigkeit vom Ausland nahe gekommen. Am Jahr 1924 sind nicht weniger als 40 neue Fabriken zur Herstellung von Kriegsmaterialien errichtet worden. Was die Munitionserzeugung angeht, so könne Polen alle Leistungen bis zu den schwersten großkalibrischen Geschützen im Lande selbst herstellen. Während wir im Jahre 1924, so führt der Minister fort, nur 14 000 Gewehre hergestellt haben, können wir heute 150 000 im Jahre erzeugen. Auch was die Heeresflugabteilung angeht, ist das neuorganisierte Luftwaffenkorps. Die bisher in Polen allein betriebene Fern- und Langstrecke wurde ausgebaut und werden für noch weitere Ausbauten der Kriegsmarine wird Polen vom Ausland unabhängig sein. Der Minister schloß mit der Bemerkung, daß sein militärisches Programm in Hinblick auf die Umstände nur bescheiden sei und sich nur auf die Verteidigung der unantastbaren Grenzen und der Freiheit (?) beschränken müsse. (Mit weisen Gelde werden alle diese Maßnahmen bezahlt? Dem Polen selbst hat doch kein Geld.)

Nummer 141

Freitag, den 19. Juni 1925

115. Jahrgang

Die deutsche Antwort hat keine Eile.

Von einigen Seiten wird die Erwartung ausgesprochen, daß die deutsche Antwort auf die französische Note alsbald zu erwarten sei. Wenn man aber bedenkt, daß die Franzosen etwa 5 Monate zu ihrer Antwort auf unsere Note gebraucht haben, so erscheint es nicht gerade dringlich, daß wir nun unsere Antwort vielleicht in drei oder acht Tagen losschicken. Soviel man in politischen Kreisen hört, werden irgendwelche Entschlüsse sicher nicht überhastet gefaßt werden und kein Drängen des Auslandes kann die deutsche Regierung veranlassen, ihre Stellungnahme, ohne vorherige ganz gründliche Prüfung der Einzelheiten des französischen Dokumentes festzulegen und bekanntzugeben. Es ist selbstverständlich, daß die Verhandlungen des Kabinetts innerhalb desselben, ferner die Besprechungen mit den Parteiführern, mit den Ministerpräsidenten der Länder i. v. zinsamt erfolgen müssen.

Für Deutschland liegt keinerlei Anlaß vor, irgendwie Eile zu befürchten. Dies umso weniger, da Fragen der Gesamtpolitik Deutschlands durch die Note berührt werden und sie vor allem auch das deutsche Selbstbewusstsein, ganz abgesehen von vornherein unerklärlichen Forderungen, Deutschland in einer Weise im Westen freigegeben, die wie es wohl genauere Prüfung ergeben wird, mit dem bisherigen Verhältnis Deutschlands zum größten Oststaat, kaum vereinbar sein dürfte. In politischen Kreisen besteht in diesem Zusammenhang denn auch ein gewisses Unwohlsein bei dem Außenminister Stresemann besonders Bedeutung beigemessen.

Paris meldet „günstige Aufnahme“.

Paris, 17. Juni. Man glaubt auf französischer Seite, daß wahrscheinlich mehrere Wochen vergehen werden, bevor eine endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung zu der französischen Note erfolgen werde.

Nach Berliner Berichten der Blätter hat die Note in den maßgebenden deutschen Kreisen eine günstige Aufnahme gefunden. Nach dem „Journal“ wird sie in der Weltweitnahme sogar als freundschaftlich bezeichnet. Nach dem „Neuen Herald“ wird in Berlin erklärt, daß Frankreich zur Aufgabe seiner Forderungen durch England gezwungen worden sei (?), eine Erkenntnis, die offenbar aus dem Munde eines eines besonders einflussreichen Diplomaten kommt. Das gleiche Blatt macht darauf aufmerksam, daß der französische Vorschlag zugleich mit der Note eine deutliche Zusammenfassung ihres Inhalts übermitteln, was bisher in diplomatischen Verkehr zwischen den beiden Ländern ein ungewöhnlicher Vorgang sei, der kaum ein Zeichen der Freundschaft haben dürfte.

Das englische Weißbuch.

London, 17. Juni. Laut „Press Association“ wird das Weißbuch über den Selbstverleugert, das morgen nachmittag in London veröffentlicht wird, etwa fünfzig Seiten umfassen. Es wird folgendes enthalten: Den ursprünglichen Vorschlag des Entwurfs der französischen Regierung, das britische Entgegenkommen, die Erklärung des britischen Reiches, die französischen Forderungen, den britischen Vorschlag des abgemilderten Entwurfs der französischen Note, das Schreiben, das Chamberlain in Genf vortrug überbreitete, sowie die endgültige, gestern in Berlin übergebene Note.

Lord Aberdeen nach London berufen.

Der englische Botschafter in Berlin, Lord Aberdeen, hat sich anlässlich auf einen Urlaub nach England begeben. Wie wir jedoch aus diplomatischen Kreisen erfahren, ist der englische Botschafter vor der englischen Regierung nach London berufen worden, um über die Stimmung in Deutschland zu den Fragen des Selbstverleugertes und des Entwurfs in den Selbstverleugert zu berichten. Lord Aberdeen wird sich mehrere Wochen in London aufhalten und erst im Laufe des Monats Juli wieder nach Berlin zurückkehren.

Die Verhandlungen mit der Militärkontrollkommission.

Wie wir aus Berlin hören, haben bereits die Verhandlungen zwischen den deutschen Re-

Rundgebung des Reichspräsidenten zur rheinischen Jahrausgabe.

Berlin, 18. Juni. (Radiobienst des „Sor. Tagebl.“) Der Reichspräsident hat aus Anlaß der heutigen Jahrausgabe die nachstehende Rundgebung an die rheinische Bevölkerung erlassen:

Den Brüdern und Schwestern am deutschen Rhein entziele ich den Gruß des Reichspräsidenten zur Jahrausgabe. Der Gedanke, die tausendjährige Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reich festlich zu begehen, ist im Rhein der rheinischen Bevölkerung entstanden. Mit allen diesen Erinnerungsgedanken läßt sich das gegenwärtige Geschlecht als verantwortlicher Träger einer großen Vergangenheit. Die ganze lebendige Kraft, die heute das Rheinland in Wirtschaft und Kultur einfließt, gründet sich auf die Leistungen der Vorfahren während eines Zeitraumes, der länger als ein Jahrtausend gewährt hat. In all dieser Zeit hat das Rheinland als Grenzmarkt immer wieder die Stürme der Weltgeschichte über sich hindraulassen müssen. So ist das Volk entstanden, das trotz aller Hingabe an die Güter der Kul-

tur und an eine gesunde Fröhlichkeit doch den letzten vaterländischen Ernst und die vorläufige Stärke in sich entwickelt hat, die auch die schwersten Nöte der Gegenwart zu bestehen vermag.

Kraftvoll und treu hat das Rheinland in schweren Zeiten an seiner geschichtlich gewordenen Verbindung mit Frankreich, an seinem Zusammenhang mit dem großen deutschen Vaterland festgehalten. Das ganze deutsche Volk dankt den Rheinlandern für diese Ausdauer und diese Hingabe an die große Sache des Vaterlandes. Neben alle Deutschen diesen Tugenden treu, dann wird, das ist mein innerster Wunsch, die heilige Stunde der Freiheit bald für die Rheinlanden schlagen. Wir getraue uns, daß wir nicht trauen werden, bis dieses Ziel erreicht ist. Gott, der in der Vergangenheit bei schwerer Bedrückung immer wieder geholfen hat, wird auch diesmal helfen.

(gez.) von Hindenburg, Reichspräsident.

güter und des innerweltlichen Wohlergehens, sondern an der Durchführung der interalliierten Entwaffnungsleistungen begonnen. Die Besprechungen befinden sich aber noch in einem vorbereitenden Stadium, ohne daß irgend eine feste Stellungnahme von Seiten der deutschen Regierungsinstitution erfolgt wäre. Die sachlichen Verhandlungen werden frühestens in der nächsten Woche beginnen können.

Abrüstungs- und Entwaffnungsfragen im englischen Unterhaus.

London, 17. Juni. Unterhaus. Jennie Smith fragte, wie die Abrüstung Deutschlands jetzt gehend sei, um mit einer allgemeinen Abrüstung in Verbindung zu kommen. Unterhaatssekretär Samuel erwiderte, wie das Haus aus den veröffentlichten Dokumenten ersehen könne, habe Deutschland noch nicht alle militärischen Bestimmungen des Versailles-Vertrages ausgeführt. (1) Erst wenn dieses geschehen sei, werde es möglich sein, die Frage einer allgemeinen Abrüstung zu behandeln. Frederick Hall fragte nach dem Umfang der Kontrolle, die jetzt von den Militären ausgeübt werde, um die Durchführung der Abrüstungsbestimmungen des Versailles-Vertrages durch Deutschland zu erleichtern, und ob angeht, die Kontrolle der künftigen Kontrollkommission auf die deutschen Behörden nur etwa ein Jahr brauchen würden, um ihre Schätzung von Geschützen und Munition im Jahre 1918 zu erreichen, die Militären vorläufig die Verwaltung der deutschen Gebiete am Rhein aufrechtzuerhalten werden. Unterhaatssekretär Samuel erwiderte, die interalliierte Militärkontrollkommission werde in Deutschland bleiben, um die Durchführung der in der alliierten Note vom 2. Juni enthaltenen Forderungen zu überwachen. Was den zweiten Teil der Frage betrafte, so sei die Politik der britischen Regierung, daß die Kritik des Vertrags bezüglich der Verwaltung der deutschen Gebiete nicht beobachtet werden müsse. Der internationale Konferenz werde hierauf, ob man dem nicht schweige, daß Deutschland unwillig sei, und zwar sei sehr betrüblicher Zeit. Jede weitere Verwaltung der deutschen Gebiete könne nur zur Erregung führen. (Weilall bei der Arbeiterpartei.)

Ein Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen.

W. L. B. meldet: Der Generalagent für Reparationszahlungen und die verschiedenen auf Grund des Sachverständigenplanes in Deutschland gefaßten Reparationskommissionen haben den Bericht der Reparationskommission über den Bericht der Reparationskommission über den Sachverständigenplan der Reparationskommissionen und ausländischen Organisationen über die ersten acht Monate ihrer Tätigkeit vorgelegt.

untahkt, hat sich dem Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände angeschlossen.

Polens Bewaffnung.

Warschau, 17. Juni. Kriegsminister General Horst spricht gestern abend gelegentlich der Budgetrede im Senat das Wort, um die für das laufende Jahr vorgesehenen ordentlichen militärischen Ausgaben, die 27 Milliarden 300 Millionen betragen, zu rechtfertigen und über die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit Bericht zu erstatten. Der Minister betont, daß die Bewaffnung Polens in jeder Hinsicht gewaltige Fortschritte gemacht habe. Die Feuerkräfte der Infanterie ist durch Uebersicherung von Maschinenwaffenstellungen vervielfacht worden. In der neuorganisierten Kavallerie wurde bei jedem Regiment ein Panzerreiterbataillon aufgestellt. In der Artillerie wurde die veraltete Ausrüstung durch neue ersetzt. Im Bereichswesen ist die bisherige Besatzung von drei Aufregimenten auf sechs erhöht worden. Auch in der Entwicklung der nationalen Kriegsmarine wurde in manchen wesentlichen Hinsichten der vollen Unabhängigkeit vom Ausland nahe gekommen. Am Jahr 1924 sind nicht weniger als 40 neue Fabriken zur Herstellung von Kriegsmaterialien errichtet worden. Was die Munitionserzeugung angeht, so könne Polen alle Leistungen bis zu den schwersten großkalibrischen Geschützen im Lande selbst herstellen. Während wir im Jahre 1924, so führt der Minister fort, nur 14 000 Gewehre hergestellt haben, können wir heute 150 000 im Jahre erzeugen. Auch was die Heeresflugabteilung angeht, ist das neuorganisierte Luftwaffenkorps. Die bisher in Polen allein betriebene Fern- und Langstrecke wurde ausgebaut und werden für noch weitere Ausbauten der Kriegsmarine wird Polen vom Ausland unabhängig sein. Der Minister schloß mit der Bemerkung, daß sein militärisches Programm in Hinblick auf die Umstände nur bescheiden sei und sich nur auf die Verteidigung der unantastbaren Grenzen und der Freiheit (?) beschränken müsse. (Mit weisen Gelde werden alle diese Maßnahmen bezahlt? Dem Polen selbst hat doch kein Geld.)

Polens Vorbereitung auf den Zollkrieg.

Warschau, 17. Juni. Wie der „Przedob Wojecznym“ erfährt, findet heute abend ein Ministerrat statt, in dem Maßnahmen zur Beschränkung des deutschen Imports nach Polen beraten werden sollen, die in Kraft treten sollen, wenn sich ein deutsch-polnischer Zollkrieg als unvermeidlich erweisen sollte.

Das Unrecht an Elbst-Vorbringen. Eine französische Stimme.

Paris, 17. Juni. Ein „Echo de Paris“ wird heute auf einen Aufruf des Generals Percin in der Zeitung „Midi Socialiste“, die in London erscheint, aufmerksam gemacht, in dem der General folgendes anlässlich der Weisse Doumergues und Poincaré nach Straßburg geschrieben hatte: Der Präsident Doumergue verfehlt, daß das Herz der Elbst-Vorbringer immer unüberwindlich französisch geblieben ist. Aber hat nicht während des letzten halben Jahrhunderts ein Volksweltgeist bei Frankreich begehrt und hat ihnen die verlorene Provinzen nicht untertanen geteilt? Es ist wirklich seltsam, daß der Wunsch nach Revanche bei unseren Nachbarn als absonderlich und heraus als bewundernswürdig betrachtet wird, imperialistisch jenseits des Rheins, patriotisch diesseits. Der General fährt dann fort, daß Elbst-Vorbringen niemals dekretiert gewesen sei, wieder fransösisch zu werden. Doumergue und Poincaré hätten einen tiefen Verstand begehrt und außerdem eine Ungeduldigkeit. Der General Percin war im Jahre 1914 Mitglied des Obersten Kriegsrates, und hat ein Buch mit dem Titel „Der Kampf“ geschrieben. Im Jahre 1917 wurde er mit dem Großkreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet.

Es ist dies die erste zusammenfassende Darstellung dieser Art, die der Öffentlichkeit übergeben wird. Sie gibt ein klares Bild vom Wert und den Funktionen des Sachverständigenplans und der Tätigkeit der mit seiner Durchführung betrauten ausländischen Organisationen.

In der Einleitung betont der Generalagent, daß es zu früh sei, Schlüsse über die völlige Wirksamkeit des Planes zu ziehen. Immerhin habe seine Wirkung im ersten Stadium den gegenwärtigen Erwartungen entsprochen. Es sei zu hoffen, daß die Kenntnis der bisherigen Leistungen in der Welt dazu beitragen werde, diejenigen Kräfte zu bestärken, die für den Wiederaufbau tätig sind.

Die Amnestiefrage.

Ueber den Inhalt der Amnestievorlage, die jetzt fertiggestellt ist und dem Reichstagsrat zur Beratung vorliegt, wird folgendes mitgeteilt:

Die Amnestie betrifft die Fälle des Sachvertrages, der Geschütz der Polen, ferner des Verhaftes gegen die §§ 7 und 8 des Republiktatungsgesetzes, sowie Verträge gegen § 8 der Verordnung vom 26. Juli 1922. Unter die Amnestie fallen alle Geldstrafen, sowie Haft-, Festungs- und Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr. Zuschussstrafen sind von der Amnestie ausgeschlossen. Die Amnestie bezieht sich auf Geschichtliche, die von Gerichten des Reichs Reichsgericht und Staatsgerichtshof ausgesprochen worden sind. Verfahren wegen der oben bezeichneten Verträge, die noch anhängig sind, werden eingestellt, wenn die Zeit vor dem 1. Oktober 1923 begeben worden ist. Dies würde insbesondere die noch nicht abgeteilten Fälle des Komputisches betreffen. Neben die Amnestie trat eine Amnestie der Länder. Da die Länder gemeinsam vorgehen wollen, sind Beratungen im Reichsrat über die einheitliche Santhabung der Amnestie in den Ländern vorgehen.

Eine Rundgebung des Gewerkschaftsrings über die Zollvorlage.

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände hielt Mittwoch abend eine Rundgebung über die Zollvorlage in Deutschland ab. Prof. Dr. Bonn und die übrigen Redner, unter ihnen der Vize-Vorsitz, Fräulein des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes, Reichsagsabg. Schneider, Vorbringer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, und der Vorsitzende der Gewerkschaft, Czieslik, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, warden sich gegen die Zollpolitik der Regierung.

Der deutsche Bankbeamtenverein im Gewerkschaftsring.

Der Deutsche Bankbeamtenverein, der mit rund 54 000 Mitgliedern 83 Prozent aller kaufmännischen Angestellten im Bankgewerbe

Frankreich schickt neue Truppen ins Saargebiet.

Saarbrücken, 17. Juni. Wegen der angeblichen Befürchtung von Unruhen anlässlich der rheinischen Jahrausgabe sind